

Flüchtlingskonzept für den Landkreis Ebersberg

Über tausend Menschen haben auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Aussichtslosigkeit in ihrer Heimat den Weg in unseren Landkreis gefunden. Es werden noch deutlich mehr werden, weil die Ursachen für den massenhaften Aufbruch in die Europäische Union und speziell nach Deutschland nicht kurzfristig beseitigt werden können.

Fehler deutscher Außenpolitik

Einen Teil der Verantwortung für die Entwicklungen, die so viele Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, trägt auch die deutsche Politik. Deutsche Firmen verkaufen mit Billigung der Bundesregierung Waffen in Konfliktzonen. Agrarexporte ruinieren die Lebensmittelmärkte in Afrika. Die Erderwärmung vertreibt Menschen aus ehemals fruchtbaren Regionen. Und auch unsere Regierung hat die Flüchtlingslager im Nahen Osten und in Afrika nicht ausreichend finanziert, um das Leben dort erträglich zu machen. Wir haben die Nachbarländer der Krisenstaaten weitgehend allein gelassen mit den Hunderttausenden Schutzbedürftigen.

Versagen der Europäischen Union

Die Dublin-Regeln der Europäischen Union waren von Anfang an unfair gegenüber den Ländern an den Außengrenzen. Zahlreiche Länder verweigern sich einer solidarischen Antwort auf die Herausforderungen, versuchen sich abzuschotten. Doch ohne eine faire europäische Lastenverteilung ist die Krise nicht zu meistern. Der Königsteiner Schlüssel, der die Zuteilung innerhalb Deutschlands regelt, könnte auch als Orientierung für eine Verteilung in der EU dienen, ergänzt um einen finanziellen Ausgleich für besonders belastete Länder.

Wege der Arbeitsmigration schaffen

Insbesondere Menschen aus dem Westbalkan werden in Asylverfahren gedrängt, weil es für sie keine Möglichkeit der Arbeitsaufnahme gibt. Legale Wege der Arbeitsmigration und die Verbesserung der Lebensumstände in den Herkunftsländern könnten das Asylsystem entlasten.

Willkommen im Landkreis

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ebersberg hat die ankommenden Flüchtlinge willkommen geheißen. Fremdenfeindliche Einstellungen werden in der Öffentlichkeit heftig kritisiert und letztendlich auch in der CSU nicht geduldet. Aber es gibt auch dumpfe Ressentiments und den Versuch, insbesondere sozial benachteiligte Menschen gegen Flüchtlinge zu mobilisieren. Dem begegnen in vorbildlicher Weise die zahlreichen Initiativen, in denen sich hunderte Freiwillige organisiert haben, um den Schutz suchenden Menschen das Leben hier zu erleichtern.

Versäumnisse von Bund und Land

Die Verwaltungen des Landkreises und vieler Gemeinden haben das ihnen Mögliche getan, um die immer neuen Herausforderungen zu bewältigen. Dabei ist noch lange nicht gesichert, dass die Aufwendungen der Kommunen für eine gesamtstaatliche, ja eigentlich europäische Aufgabe auch vollständig erstattet werden.

Staatsregierung und Bundesregierung haben viel zu lange gebraucht, um die Voraussetzungen zu schaffen, die wachsende Zahl an Flüchtlingen menschenwürdig unterzubringen, über ihren Status zügig zu entscheiden und die Migrantinnen und Migranten mit Bleiberecht rasch zu integrieren. Und auch heute noch arbeitet die Landespolitik nicht auf Grundlage nachhaltiger Konzepte, sondern im Notfallmodus.

Was können und müssen wir im Landkreis tun?

Wohnraum für Flüchtlinge

Die Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten ist ein akutes Problem. Eine dezentrale Aufnahme in möglichst kleinen Einheiten ist unsere Zielvorstellung, weil sie Integration ermöglicht und Konflikte vermeidet. Alle Kommunen müssen dazu solidarisch ihren Beitrag leisten.

Die Nutzung von Turnhallen und Traglufthallen ist nur als Übergangslösung akzeptabel. Deshalb sollten rasch solide Gebäude z.B. in Holzfertigbauweise erstellt werden. Außerdem brauchen wir deutlich mehr Sozialwohnungen für alle Berechtigten. Das alles erfordert massive Finanzhilfen von Bund und Land. Auch unsere kommunale Wohnungsgenossenschaft kann einen großen Beitrag leisten. Die Aktivierung privaten Kapitals kann durch ein Landesprogramm *Wohnraum für Flüchtlinge* wie in Baden-Württemberg erreicht werden.

Erleichterte medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung der Flüchtlinge kann durch die Einführung einer Gesundheitskarte deutlich erleichtert werden. Wir erwarten von der Staatsregierung, dass diese Möglichkeit auch in Bayern genutzt wird. Außerdem brauchen wir ein Konzept für die intensive Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen.

Kein Sparen am Existenzminimum

Den Ersatz eines Teils der Unterhaltszahlungen durch Sachleistungen lehnen wir ab. Er entmündigt nicht nur die Flüchtlinge, er würde auch eine unzumutbare Belastung für die Verwaltung bedeuten. Den Versuch, mit der letzten Gesetzesänderung die Bedarfssätze nach der Verweigerung eines Aufenthaltsrechts unter das Existenzminimum zu senken, halten wir für verfassungswidrig.

Intensive Betreuung vor Ort

Wir benötigen mehr Fachkräfte, um die Betreuung der erwachsenen und insbesondere der minderjährigen Flüchtlinge zu gewährleisten. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Kreisverwaltung, im Haushalt für 2016 etwa fünfzig zusätzliche Stellen für den Bereich Asyl zu planen. Wir halten es für besonders wichtig, auch die freien Träger in die Betreuung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber wo immer möglich einzubeziehen.

Ehrenamtliche unterstützen

Nur mit Hilfe der Ehrenamtlichen ist es überhaupt möglich, auf die täglichen Sorgen und Probleme der AsylbewerberInnen einzugehen. Deshalb ist uns die Unterstützung und Koordination der unentbehrlichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer besonders wichtig. Sie müssen alle wichtigen Informationen für ihre Arbeit vor Ort von der Verwaltung erhalten.

Soweit die Betreuung der AsylbewerberInnen dezentral in den Kommunen abgewickelt werden kann, z.B. bei der Auszahlung der monatlichen Bedarfssätze, soll dies zeitnah umgesetzt werden. Es entlastet die Flüchtlinge und das Landratsamt erheblich.

Rasche Integration

Der Arbeitsmarkt in Deutschland bietet für Flüchtlinge viele Chancen. Zwar wurden einige Beschränkungen gelockert oder aufgehoben. Aber die Vorschriften müssen vereinfacht, die Genehmigungsverfahren effizienter organisiert werden.

Sprachkompetenz ist eine zentrale Voraussetzung für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit. Es fehlen Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache, am besten mit zumindest Grundkenntnissen der Sprachen aus den Herkunftsländern. Im Alltag der Helferinnen und Helfer erweist sich auch das Fehlen geeigneter Dolmetscherinnen und Dolmetscher als großes Problem. Für einige Nationalitäten (Syrer, Iraner, Iraker, Eritreer) übernimmt der Staat nun auch vor einer Anerkennung des Aufenthaltsrechts teilweise die Kosten. Der Landkreis sollte eine Vereinbarung mit den Trägern der Erwachsenenbildung zur Organisation der notwendigen Kurse schließen und die Möglichkeiten der Bildungsregion nutzen, um die schulische Integration der Flüchtlinge voran zu treiben.

Antrag abgelehnt – und dann?

Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz sieht eine Reihe von repressiven Maßnahmen zur Erleichterung der Abschiebung vor. Der Landkreis Ebersberg sollte stattdessen alles rechtlich Mögliche tun, um notwendige Abschiebungen in einer menschlichen und menschenwürdigen Weise durchzuführen. Wir schlagen dazu die Einrichtung eines Arbeitskreises aller Beteiligten, vor allem auch Vertretern der Helferkreise vor. Wir brauchen nicht nur eine Willkommenskultur. Wir brauchen auch eine Abschiedskultur, die versucht, den Verzweifelten eine Perspektive bei ihrer Rückkehr zu geben.

Nehmen wir die Flüchtlinge als Menschen in Not wahr, denen wir als Mitmenschen in einer dramatischen Lage helfen müssen.

Vertrauen wir darauf, dass die neuen Nachbarn unser Leben bereichern und bunter machen können.

Betrachten wir den Wunsch von Hunderttausenden, Sicherheit gerade in Deutschland zu suchen, als großes Kompliment, und sehen wir neben den Kosten und Problemen die Chancen, die dieser Zuzug für unser Land bedeuten kann.

Ebersberg, den 9.11.2015